

## PRESSEMITTEILUNG

AmCham Germany Position zur nationalen Industriestrategie

### **Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen statt staatlicher Eingriffe und Protektionismus**

*Berlin, 6. Mai 2019* – AmCham Germany begrüßt den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, eine nationale Industriestrategie zu entwickeln. Diese sollte jedoch konsequent auf wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen statt auf staatliche Markteingriffe und Protektionismus ausgerichtet sein. Eine Industriestrategie für Deutschland sollte stärker auf die transatlantische Innovations- und Wirtschaftspartnerschaft zwischen Deutschland und den USA setzen, die zusammen für rund ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung stehen.

„Wir können Deutschlands Position als führende Industrienation nur sichern, wenn wir ein dynamisches Innovationsumfeld etablieren und die Chancen der digitalen Transformation für die Wirtschaft nutzen“, sagt AmCham Germany Präsident Frank Sportolari. Das gemeinsame Wertefundament Europas und der USA sei ein strategisch bedeutsamer Faktor im globalen Wettbewerb. „Damit sich nicht andere Nationen mit von uns abweichenden Wertevorstellungen wirtschaftlich durchsetzen, sind wir auf die enge Zusammenarbeit zwischen USA und Europa angewiesen“, so Sportolari.

Auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier diskutieren am 6. Mai Geschäftsführer und Verbandsvertreter Maßnahmen zur nationalen Industriestrategie 2030. Stellvertretend für AmCham Germany Präsident Frank Sportolari, nimmt Dr. Wolfgang Dierker an dem Kongress teil. Dierker ist Mitglied der AmCham Germany-Taskforce, die das Positionspapier erarbeitet hat und leitet die Policy-Koordination innerhalb der Kammer.

Eine innovations- und industriefreundliche Wirtschaftspolitik muss europäisch und transatlantisch sein. Da der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands und Europas auf offenen Märkten sowie freiem und regelbasiertem Handel fußt, positioniert sich AmCham Germany gleichzeitig gegen den zunehmenden Protektionismus anderer Staaten und plädiert dafür, nicht mit eigener Marktabschottung darauf zu reagieren. Deutschland und Europa sollten vielmehr Vorreiter für Freihandel sein und ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA aushandeln, das neues Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten des Atlantiks generiert.

AmCham Germany sieht staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Namen einer nationalen Industriepolitik nur dann gerechtfertigt, wenn es klare und begründete Motive, übergeordnete und eng begrenzte Ziele sowie einen transparenten und konsequenten Mitteleinsatz gibt. Stattdessen sollte sich eine nationale Industriepolitik vor allem auf die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft konzentrieren. Dazu zählen zum Beispiel die Stärkung des europäischen Binnenmarkts, freier und regelbasierter Handel, moderne Infrastrukturen und die Senkung der Abgabenlast für Unternehmen.

Das vollständige Positionspapier finden Sie hier.  
Zur Pressemitteilung auf Englisch gelangen Sie hier.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie:

**Katharina-Luise Kittler**

Manager, Communications

American Chamber of Commerce in Germany e.V.

[kkittler@amcham.de](mailto:kkittler@amcham.de) +49 030 2130056 – 34

#### **Über AmCham Germany:**

Die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft. Sie fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützt AmCham Germany aktiv die Interessen unsere 2300 Mitglieder durch unser Netzwerk in Wirtschaft, Politik und den AmChams weltweit. AmCham Germany ermöglicht interkulturelles Verständnis, Zusammenarbeit und neue Investitionen durch die Grundsätze eines transparenten Dialogs, freien Handels und eines wettbewerbsfähigen und offenen Wirtschaftsklimas.